

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa,  
Bismarckstr. 12.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
des Landtagspräsidenten, des Landtags, der Reichsversammlung beim Landtag und des  
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa, und des Hauptstaatsamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1380  
Strolache Riesa Nr. 12.

Nr. 234.

Donnerstag, 7. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bahn. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnlicher Text 10 Pfennig, für die 2. und 3. Seite 15 Pfennig, für die 4. Seite 20 Pfennig; die 2. und 3. Seite 100 Worte, die 4. Seite 150 Worte. Zusätzliche Anzeigen sind nach Vereinbarung zu begeben. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa a. M. Redaktions- und Verlagsadresse: Riesa a. M., Bismarckstr. 12. Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Köhlermann, Riesa; für den Vertrieb: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Das neue Abfindungskompromiß.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, den 7. Oktober 1926.

Nach wochenlangen langwierigen Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und dem Bevollmächtigten der Hohenzollern, von Berg, über die Abfindungsfrage des früheren preussischen Königs hat nunmehr im wesentlichen eine Einigung zustande gekommen, die allerdings noch der Zustimmung der Parteien bedarf. Das neue preussische Abfindungskompromiß lehnt sich an den Entwurf der Reichsregierung an. Wie wir hören, hat das preussische Kabinett die Reichsregierung über den Gang der Verhandlungen mit den Hohenzollern ständig auf dem laufenden gehalten und die in seinen Grundrissen nunmehr fertiggestellte preussische Abfindungsvorlage hat bereits die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden. Entsprechend der Vereinbarung zwischen Preußen und dem Hohenzollernhaus wird nunmehr die Reichsregierung ihren bekannten Abfindungsentwurf entsprechend abändern und ihn nach Annahme durch den preussischen Landtag, was Mitte November der Fall sein dürfte, dem Reichstag zur Genehmigung vorlegen. Die Vereinigung der Parteienabfindungsfrage wird somit voraussichtlich im Dezember erfolgen können.

Um die Fraktionen des preussischen Landtages über die im wesentlichen feindseligen Verhandlungen mit den Hohenzollern zu informieren, hatte der preussische Finanzminister die Fraktionen ermahnt, Vertreter zu ihm zu entsenden. Die Besprechung zwischen Dr. Höpfer-Nachhoff und den Fraktionsvertretern fand nun am Mittwoch vormittag statt. Zunächst berichtete der Finanzminister über den Gang der Verhandlungen und konnte gleichzeitig mitteilen, daß die Hohenzollern sich bereit erklärt haben, verschiedene Forderungen bezüglich einer Reihe von kritischen Objekten fallen zu lassen. Es handelt sich hier um Grundbesitz, der vornehmlich an die Hohenzollern, sowie um mehrere Gebäudetrakte, die rein repräsentativen Zwecken dienen. Dr. Höpfer-Nachhoff wies auf die Notwendigkeit der Annahme des neuen Kompromisses hin, weil etwaige Prozesse zwischen den Hohenzollern und dem preussischen Staat ungeheure Summen verschlingen würden und es ohnedies sehr unwahrscheinlich sei, daß die juristische Entscheidung zugunsten des Standpunktes des preussischen Staates ausfallen würde.

Daraufhin brachten namentlich die Vertreter der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei verschiedene Abänderungswünsche vor. Soweit sich bisher feststellen läßt, glaubt das preussische Kabinett einigen Abänderungsanträgen der Parteien Rechnung tragen zu können. Der Finanzminister wird Herr von Berg nunmehr über den Standpunkt der Fraktionen informieren und man darf annehmen, daß er sich noch zu einigen Konzessionen bereit erklärt, die im übrigen durchaus nicht so schwerwiegend sein sollen, daß die Hohenzollern die Vergleichsverhandlungen mit Preußen deswegen zu einem Scheitern gelangen lassen werden.

Die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem neuen preussischen Abfindungskompromiß ist übrigens auf eingehende Verhandlungen des preussischen Ministerpräsidenten Braun, des preussischen Innenministers Ministerpräsident Braun, des preussischen Innenministers Ministerpräsident Braun und des Finanzministers Dr. Höpfer-Nachhoff zurückzuführen. Braun und Seegering werden nunmehr auch auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entsprechend einzuwirken versuchen.

Man kann wohl sagen, daß die Annahme der Abfindungsvorlage im Landtag und im Reichstag gesichert ist; dagegen werden nur Stimmen die Deutschnationalen, die Volkslichen und die Kommunisten.

Obwohl das neue preussische Abfindungskompromiß erst nach Abschluß der Verhandlungen mit den Fraktionen veröffentlicht werden soll, erklärt man in unterrichteten Kreisen, daß einer der Hauptstreitpunkte, nämlich die Frage des Schicksals der Herrschaft Dels, zugunsten der Hohenzollern entschieden worden ist. Auf Grund gewisser Zugeständnisse der Hohenzollern ist man übereingekommen, daß das Besitztum Dels dem früheren Kronprinzen zuerkannt wird.

Ob. Berlin. Zu den Vergleichsverhandlungen mit den Hohenzollern erfährt das Nachrichtenbüro des B. D. B. weiter, daß die Demokraten des preussischen Landtags in ihrer Fraktionsitzung am Mittwoch dem Kompromißvorschlag zugestimmt und Fraktionszwang beschlossen haben. Nach diesem Vorschlag sollen die Hauptlinie 200 000 Morgen Land, wobei die Herrschaft Dels eingeschlossen ist. Ursprünglich waren 300 000 Morgen vorgeschlagen. Die beiden Redaktionen, die Karl-Linie und die Adreht-Linie, sollen Namen in Schlesien und Ostpreußen behalten. Das Zentrum wird dem Vorschlag zustimmen, wenn die Demokraten einstimmig dafür sind. Die Deutsche Volkspartei hat offiziell noch keine Stellung genommen; es ist aber nicht anzunehmen, daß von ihr Schwierigkeiten gemacht werden.

Vorausichtlich wird die Vorlage in der nächsten Woche an das Plenum des Landtags gelangen, nachdem sie zuvor den Staatsrat beschäftigt hat. Das Plenum wird die Vorlage dem Ausschuss übermitteln.

Von den Sozialdemokraten liegt keine grundsätzliche Zustimmung vor; es dürfte aber auch hier damit zu rechnen sein, daß keine Schwierigkeiten gemacht werden. Bisherig wird die sozialdemokratische Fraktion bei der Abstimmung der Vorlage zurückhalten.

## Vor der Entscheidung über Seedts Rücktritt.

Die Rückkehr des Reichsanwalters wird abgemauert.

### Der Reichsanwalt bei Hindenburg.

Berlin. (Justiznach.) Der Reichsanwalt bei Hindenburg wird heute nachmittag wieder in Berlin erwartet und unmittelbar nach seiner Rückkehr mit dem Reichspräsidenten über den Fall Gehele-Seedts Rücksprache nehmen. Ein Ratsbescheid ist entgegen absehender Ereignisse zunächst nicht vorgesehen. Der Reichsanwalt wird den Reichspräsidenten nicht im Zweifel darüber lassen, daß das Reichskabinett sich mit dem Reichswehrminister Gehele solidarisch erklärt.

Berlin. Die Sitzung des Reichskabinetts fand am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichswehrministers Dr. Gehele als dienstlücken Minister statt. Da der Reichsanwalt an der Sitzung noch nicht teilnehmen konnte und der an dem Fall Seedts zunächst beteiligte Minister den Vorsitz führte, konnte das Rücktrittsgesuch des Generals von Seedts noch nicht im Kabinett erörtert werden.

Berlin, 6. Oktober. Nicht nur die deutsche, sondern auch die ausländische Öffentlichkeit ist heute höchlichst von der Mitteilung überrascht worden, daß General von Seedts, der hochverdiente Führer unserer Reichswehr, sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Der Grund dafür liegt in der Höhe, die die Linkspresse an eine wahre Kapalle geknüpft hat. Seit etwa acht Tagen wurde in der Linkspresse darüber geflüstert, daß der alte Soldat des Kronprinzens an dem Mandat der Reichswehr in München zurücktreten würde, und zwar im Einverständnis nicht mit dem künftigen Reichspräsidenten, sondern mit dem bisherigen Reichspräsidenten, einschließlich des Generalobersten von Seedts. Der Reichswehrminister erklärte, daß er über die Teilnahme des Kronprinzen nichts an dem Mandat nicht unterrichtet gewesen sei. Er hat dann auf Grund der Meldung eine Untersuchung der Angelegenheit angeordnet, die dann wohl zu dem Ergebnis geführt haben muß, daß die Teilnahme des Kronprinzen nichts an dem Mandat nicht in allen Punkten mit den Bestimmungen über die Reichswehr vereinbar gewesen ist.

Da die Angelegenheit mit allen Mitteln der Agitation an einem ersten politischen Punkt von der demokratischen und sozialdemokratischen Presse aufgegriffen worden ist, scheint der Reichswehrminister in einer Unterredung, die heute vormittag nach der Rückkehr des Reichspräsidenten mit diesem stattfand, aus politischen Gründen den Rücktritt des Generals von Seedts zu fordern zu haben. General v. Seedts hat aus der Tatsache, daß über die Möglichkeit seines Rücktritts diskutiert wurde, ohne weiteres die Konsequenzen gezogen und sein Rücktrittsgesuch dem Reichspräsidenten überreicht. Die Entscheidung über die ganze Angelegenheit liegt nunmehr beim Reichspräsidenten persönlich, der darüber befinden muß, ob er das Abschiedsgesuch des Generalobersten von Seedts annimmt oder nicht.

Reichspräsident von Hindenburg betrachtet das Rücktrittsgesuch des Generals von Seedts als einen unpolitischen Schritt von hervorragender Bedeutung und wünscht seine Entscheidung nicht zu treffen, ohne sich vorher mit Reichsanwalt Dr. Marx verständigt zu haben. Man glaubt aber nicht daran, zweifeln zu dürfen, daß das Rücktrittsgesuch des Generals von Seedts genehmigt werden wird.

Ursprünglich richtete sich diese ganze von der Linkspresse durchgeführte Hege weniger gegen die Person des Generals von Seedts, als vielmehr gegen den Reichswehrminister Gehele selbst, dem ständig vorgeworfen wurde, er lasse sich von den Monarchisten auf der Nase herumtanzen. Gehele, der den General von Seedts persönlich hoch schätzte und mit diesem während der ganzen Jahre seiner Ministerstätigkeit fest in bestem Einverständnis gearbeitet hat, erklärte, daß er nichts davon wisse und daß der Chef der Heeresleitung, Generaloberst von Seedts, zuständig sei. — Wie es heißt, wird

## Stimmungsbild aus dem Preuß. Landtag

vom 6. Oktober 1926.

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Staatsregierung.

Ob. Berlin. Der Preussische Landtag nahm am Mittwoch seine Plenarsitzung nach der großen Sommerpause wieder auf. Die Tagesordnung enthielt nur eine Reihe kleiner Vorlagen, die bedauerlicherweise nicht mehr vorgebracht hätten. Ohne die Kommunisten Redner um Redner vorgebracht hätten. Ohne die Kommunisten wäre überhaupt die Sitzung eine Art Rednerholung für die von den Parteien heimlich abgeordneten gewesen. So aber trat der Mann der äußersten Linken schon ein, als Präsident des Hauses ein Schreiben des Ministerpräsidenten Braun vorlas, das die offizielle Mitteilung vom Rücktritt des Innenministers Seegering und von der Bestellung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und bisherigen Reichswehrministerpräsidenten Gehele als seinen Nachfolger enthält. Die Kommunisten verlangten, daß der Ministerpräsident dem Landtag sofort erkläre, welche Aufträge er dem neuen Innenminister bei der Amtseinführung übergeben habe, und der Abg. Dietz nannte es „selbst“, daß die Redebeyung eines

als Nachfolger des Generals von Seedts, General Reinhardt, der Führer des Reichswehrgruppenkommandos IV in Kassel, in Frage kommen.

Berlin. Fast alle Blätter sehen den Generalobersten von Seedts mit größtem Bedauern von seinem Amte scheiden und heben das große Verdienst hervor, das er sich um den Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht erworben hat. Wenn Generaloberst von Seedts, so schreibt die Kreuzzeitung, jetzt geopfert werden soll, so würde dies einen Sieg der Demokraten und Sozialdemokraten darstellen. — In der Deutschen Allgemeinen Zeitung heißt es: Man beargwöhnt die Haltung des Reichswehrministers Dr. Gehele und behauptet doch allgemein, daß er sich von dem langjährigen Mitarbeiter trennen muß, dessen Verdiensten er eine spätere Vergütung voll gerecht werden kann. — Die Germania schreibt: Seedts hat der Republik treu gedient. Er hat einen Fehler begangen und trägt als aufrichtiger Soldat die Folgen. — Das Berliner Tageblatt sagt: Es ist kaum daran zu zweifeln, daß der Reichspräsident das Entlassungsgesuch annehmen wird. Mit äußerster Entschiedenheit muß man die volle Wahrung, die unantastbare Sicherstellung der ministeriellen Autorität in der Reichswehr verlangen. — Der „Vormärz“ erklärt, mit der Annahme des Rücktrittsgesuches des Generals von Seedts wird der Beweis dafür geliefert sein, daß man auch in der Reichswehr Ordnung schaffen kann, wenn man nur will. Jeder Reichswehrminister, der diesen Willen befolgt, wird dabei die überwindende Mehrheit des Reichstages und des ganzen Volkes auf seiner Seite haben.

## Die Laufbahn von Seedts.

Mit dem Rücktritt des Generals von Seedts findet eine militärische Laufbahn ihr Ende, wie sie in der Geschichte des deutschen Heeres zu den Seltenheiten gehört. Generaloberst von Seedts, der jetzt erst 60 Jahre alt ist, hatte schon in jungen Jahren leitende Posten bekleidet und auf allen sich glänzend bewährt. Er wurde 1886 als Sohn eines hohen Offiziers in Schleswig geboren und schlug ebenfalls die Laufbahn des Soldaten ein. Im Jahre 1913 rückte er zum Chef des Stabes des 8. (Berliner) Armeekorps auf. In dieser Eigenschaft rückte er 1914 mit ins Feld, nahm am Vormärz des Generals von Hindenburg in Nordfrankreich teil, der mit der Marne Schlacht ein jähes Ende fand. Die Kämpfe bei Soisson im Januar 1915, die den deutschen Waffen großen Erfolg brachten, waren von ihm strategisch vorbereitet. Bald darauf wurde er nach dem Osten entsandt, wo er General von Madensen als Stabschef zur Seite stand. Der Sieg der Mittelmächte in der großen Durchbruchschlacht bei Gorlice kommt zum großen Teil auf das Konto des Generals von Seedts, der sich dann in den folgenden Jahren in den Feldzügen in Galizien, Rußland und Serbien unvergleichliche Verdienste erworb. Gegen Kriegsende kehrte Seedts nach dem Westen zurück.

Nach der Revolution war er zunächst Generalstabschef beim deutschen Grenzschutz im Osten. Bald darauf wurde er als Chef des allgemeinen Truppenamtes in das damals noch von Rapp geleitete Reichswehrministerium berufen. Nach dem Rapp-Putsch, an dessen Unterdrückung er wesentliche Verdienste hatte, wurde er zum Chef der Heeresleitung ernannt. Mehr als sechs Jahre hindurch hat er diesen Posten bekleidet und in schwerer mühevoller Arbeit die Reichswehr aufgebaut. Mit unachtern Schwertigkeiten baute er der Reichswehr den Weg durch die Drobungen und Quängelien der Entente, die immer wieder seine Arbeit zu vernichten drohte. Von der Linken ist Seedts aber aus stark angefeindet worden. Es wird allgemein überaus bedauert, daß der hochverdiente Offizier wegen einer solchen Bagatelie jetzt den Völkern, den er jahrelang in so vorbildlicher Weise befehlet hat, verlassen muß.

Ministerpostens durch den Landtagspräsidenten bekanntgegeben werde. Er erhielt dafür einen Ordnungsruf; der Antrag selbst wurde gegen den Antragsteller abgelehnt. Ebenso wurde durch Widerspruch ein anderer kommunistischer Antrag erledigt, der den Finanzminister sofort vor den Landtag zitieren wollte, damit er Auskunft über den Stand der Vergleichsverhandlungen mit den Hohenzollern gebe. Die Kommunisten quittierten jedesmal mit Lärm und unparlamentarischen Zurufen. Sie benutzten dann eine zur Beratung vorliegende Mitteilung des Volkswohlfahrtsministers über die Verwendung der staatlichen Beihilfen zur Bekämpfung der Tuberkulose, um einen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium einzubringen, der aber erst in einigen Tagen zur Abstimmung gestellt werden soll. Am Donnerstag wird sich das Plenum hauptsächlich mit der Beratung von Fragen der Erwerbslosenfürsorge beschäftigen.

## Beamtenfreibekämpfung in Oesterreich.

Wien. In der gestrigen Sitzung beschloß der 26er Ausschuss und die technische Union, die durch sie vertretenen Beamtenorganisationen anzugreifen, am Donnerstag mitung in den Streit zu treten.